

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

19. Jahrgang

Berlin, den 21. März 1952

Nummer 12

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Weltwirtschafts-Konjunktur vor kritischen Zuspitzungen

*Konjunkturdiagnose des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
Mitte März 1952¹⁾*

Nach der Abschwächung der Auftriebskräfte in den letzten Wochen strebt die Konjunktur-entwicklung in der westlichen Weltwirtschaft nun rasch einem kritischen Zustand zu. Die entscheidende Ursache dafür liegt darin, daß die Zurückhaltung der amerikanischen Konjunktur, die im Frühjahr 1951 eingesetzt hat, infolge der weltpolitischen Beruhigung auch jetzt noch anhält und sich sogar wieder etwas verstärkt. Die Rückwirkungen, die von da über den niedrigen amerikanischen Einfuhrbedarf auf die übrige westliche Weltwirtschaft ausgehen, haben bei der seit Kriegsende fast allenthalben schwachen Devisenposition die Zahlungsbilanzlage einer Reihe von Ländern, vor allem in Westeuropa, so geschwächt, daß einige von ihnen scharfe Maßnahmen zur Restriktion der inneren Wirtschaftstätigkeit ergreifen mußten, um mittelbar oder unmittelbar die Einfuhr zu drosseln und die außenwirtschaftliche Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden. Bei der noch anhaltenden flauen Grundhaltung der amerikanischen Konjunktur ist nun aber der Punkt erreicht, an dem diese erzwungenen restriktiven Entwicklungen in den wichtigen anderen Ländern sichtbar auf die amerikanische Konjunktur selbst zurückzuschlagen beginnen. Damit jedoch kann eine kumulative allgemeine Abwärtsbewegung in der gesamten westlichen Weltwirtschaft ausgelöst werden; denn mit einem erneuten Abschwächen der amerikanischen Konjunktur — und damit des amerikanischen Importbedarfs — würde den Sanierungsmaßnahmen der Länder, die einen Zahlungsbilanzausgleich mangels einsatzfähiger Devisenreserven erzwingen müssen, überhaupt die Möglichkeit genommen, ihr Ziel zu erreichen. Wahrscheinlich wäre

das auch schon bei einem noch einige weitere Wochen anhaltenden Verharren der amerikanischen Einfuhr auf dem jetzigen Stand der Fall. Symptomatisch für diese Entwicklung ist der spürbare Rückgang der Preise an den internationalen Warenmärkten seit den ersten Februartagen, worin gerade auch eine erneute Zurückhaltung in der Rohstoffeindeckung der amerikanischen Wirtschaft zum Ausdruck kommt.

Trotzdem berechtigt nichts zu einer eindeutigen Prognose, daß sich aus alledem eine wirkliche Krise entwickeln wird. Eine solche Aussage — aber auch ihr Gegenteil: daß keine Krise kommt — wäre eine Wette mit der öffentlichen Meinung, und wer mit der einen oder anderen unverantwortlichen „Prognose“ schließlich Recht behält, bewiese damit wohl kaum seine Sachkenntnis, sondern nur, daß er Glück gehabt habe. Die Diagnose ist in einer solchen Lage viel wichtiger, weil ein solcher wohl an sich kritischer, aber im Grunde doch noch keineswegs ernster Zustand durch ruhiges, auf wirkliche Informationen gegründetes, sachgemäßes Verhalten aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten überwindbar ist.

Die Lage der amerikanischen Wirtschaft auf Grund ihrer eigenen konjunkturbestimmenden Elemente ist zur Zeit dadurch gekennzeichnet, daß die weltpolitische Beruhigung sowohl die Konsumenten zu weiterer vorsichtiger Zurückhaltung veranlaßt, da sie zunächst keine Preiserhöhungen mehr befürchten, sondern eher mit neuen Preisnachlässen rechnen, als auch das Tempo der faktischen Verausgabung der für Ver-

¹⁾ Der Erstabdruck dieses Berichtes erfolgte im „Tagesspiegel“ vom 20. März 1952.

teidigungszwecke vorgesehenen Mittel mäßigt. Hinzu kommt, daß die Grundstoffherzeugung anhaltend gewachsen ist, so daß bei der weniger strengen Nachfrage für Rüstungszwecke jetzt auch die NE-Metallmärkte und sogar der Stahlmarkt sich entspannen und zum Teil Preisnachlässe gewährt werden. Im Wahljahr 1952 findet aber jede Stimme, die für raschere Verausgabung und höhere Ausgaben für die Verteidigung oder auch für neue finanzielle Verpflichtungen zur Stützung der internationalen Konjunktur eintritt, vorläufig schwer Gehör, da alle solche Verausgabungen letzten Endes aus Steuern bereitzustellen sind. Zwar ist es nahezu sicher, daß von dem Wachsen der Verteidigungsausgaben, wie es auf Grund der in Durchführung begriffenen Pläne auf alle Fälle zu erwarten ist, im zweiten Halbjahr 1952 wieder stärkere konjunkturelle Auftriebskräfte ausgehen werden. Aber der kritische Zeitpunkt der internationalen Konjunkturentwicklung liegt vermutlich vor diesem Termin. Kommt es vor diesem Termin zu einer offenen internationalen Zahlungsbilanz- und Deflationskrise, so würde der damit verbundene internationale Investitionsschock wohl auch jene an sich zu erwartende amerikanische Belebung im zweiten Halbjahr 1952 verhindern.

Die finanz-, kredit- und handelspolitischen Maßnahmen Großbritanniens und Frankreichs, die diese Länder sowohl zur Dämpfung des inneren Auftriebs wie unmittelbar zur Beseitigung des akuten Ungleichgewichts ihrer Zahlungsbilanzen ergriffen haben, sind zwar in dieser Lage ebenso notwendig und richtig wie die entsprechenden Maßnahmen, die die Bundesrepublik im Winter 1950/51 und Anfang 1951 durchgeführt hat; aber sie können nur auf dem Hintergrund einer gefestigten und zur Expansion neigenden Konjunkturtendenz am Weltmarkt zum Erfolg führen. Ihr unmittelbarer Zweck, der zunächst einmal wenigstens teilweise erreicht wurde, besteht darin, im Inneren die Inflationspsychose zu brechen, die Kapitalflucht durch Stärkung des Vertrauens in den augenblicklichen Wechselkurs zum Halten zu bringen, die Einfuhr sofort zu senken, und damit die Zahlungsunfähigkeit und die mit ihr notwendig verbundene schwere Vertrauenserschütterung zu vermeiden. In der internationalen Konjunktur jedoch wirkt sich die Drosselung der Importe inzwischen unerbittlich aus; allein die britischen Importbeschränkungen, die jetzt auf 600 Mill. £ pro Jahr (= 20 vH der britischen Einfuhr von 1951) heraufgesetzt worden sind, bedeuten bei anderen Ländern, und zwar nur zum kleineren Teil bei den Vereinigten Staaten, einen starken Ausfall an Exporten; hinzu kommen die französischen Importbeschränkungen und scharfe Importrestriktionen u. a. auch in Australien. Es ist sehr gut möglich, daß diese Welle der Importbeschränkungen immer weiter um sich greifen wird, bis sie zu den Ländern, von denen sie ausging, als

Exportabfall zurückkehrt und das ganze Sanierungsunternehmen um den Erfolg bringt.

Westdeutschland befand sich im Winter 1950/51 bei der Durchführung seiner Importbeschränkungen in einer bedeutend günstigeren Position. Zunächst war damals die amerikanische Einfuhr im ganzen noch im Steigen und der Welthandel nahm alles in allem noch zu; als darauf mit der im Frühjahr 1951 beginnenden konjunkturellen Flaute in den Vereinigten Staaten auch die amerikanische Einfuhr stark abnahm, waren gerade Großbritannien und Frankreich auf Grund ihrer im Korea-Boom 1950/51 angesammelten Währungsreserven und infolge des Fortgangs der hohen inneren Geschäftstätigkeit in der Lage, den Rückgang der deutschen Käufe zu ertragen und vorläufig noch zunehmend deutsche Waren abzunehmen. Mit einer auch nur annähernd ähnlichen Bereitschaft, Einfuhrkürzungen zu ertragen und dazu noch höhere Exporte abzunehmen, kann zunächst weder Großbritannien noch Frankreich auf dem Weltmarkt rechnen. Im Gegenteil zeichnen sich bereits die Anfänge einer allgemeinen „Sauve qui peut“-Handelspolitik in Form überhasteter allgemeiner Importbeschränkungen ab, der durch keine restriktive Finanz- und Zinspolitik gesteuert werden kann.

Die Bundesrepublik ist — ebenso wie andere westeuropäische Länder mit gegenwärtig ausgeglichener Zahlungsbilanzlage und konsolidierter innerer Konjunktur — gegenüber diesen Gefahren nur sehr beschränkt immun. Einmal steht sie deutlich seit einigen Wochen im Zeichen der Fernwirkungen dieser internationalen konjunkturellen Spannungen: Die Ausfuhr stockt zumindest und über die Rohstoffpreise wirkt sich die neue Welle à la Baisse gestimmter Preisexpectationen auch hier aus; die Wirtschaft und die Konsumenten disponieren neuerdings infolge alles dessen deutlich wieder zurückhaltender. Wenn ferner die britischen und französischen Bemühungen um Sanierung der Zahlungsbilanzen einen gewissen Erfolg haben sollen, so muß dies, solange die amerikanische Konjunktur zurückhält, zu einem guten Teil zu Lasten der Länder gehen, die 1951 — etwa im Rahmen der EZU — sich zahlungsbilanzmäßig aktivieren und monetäre Reserven ansammeln konnten. Sie werden also etwas in die britische und französische Zahlungsbilanzkrise hineingezogen, worin sich nur äußert, daß es sich um eine westeuropäische Zahlungsbilanzkrise überhaupt handelt, von der die deutsche von 1950/51 nur ein Vorläufer war. So bedenklich und gefährlich eine solche Erweiterung der westeuropäischen Zahlungsbilanzkrise werden kann, so sehr ist sie doch ein notwendiger Bestandteil der Sanierung der britischen und französischen Krise überhaupt. Kaum etwas wäre verhängnisvoller, als wenn man sich gegen eine solche Entwicklung mit allen Mitteln wehren wollte; denn ihre Meisterung ist eine gesamt-

europäische konjunkturpolitische Aufgabe. Die Krise der europäischen Außenhandelsliberalisierung ist nun noch mehr als im Frühjahr 1951 die Probe auf die wirkliche Bereitschaft zur gesamteuropäischen wirtschaftlichen Schicksalsgemeinschaft.

Letzten Endes jedoch hängt die Überwindung des kritischen Zustandes von dem Wiederanspringen der amerikanischen Konjunktur und der amerikanischen Einfuhr — oder von amerikani-

scher Kredithilfe in irgendeiner Form ab. Die Aussicht, daß trotz der innenpolitischen und weltpolitischen Faktoren, die auf eine Verzögerung dieses Bestandes hinwirken, eine Hilfe von dieser Seite demnächst tatsächlich kommt, ist offensichtlich gegeben. Die eingeleiteten Maßnahmen und eine maßvolle Reaktion der Wirtschaft auf gegebene Krisenansätze können Entscheidendes dazu beitragen, daß der Anschluß an diese Hilfe erreicht wird.

Zur Wirtschaftslage in der sowjetischen Besatzungszone

Am 7. Februar erschien das „Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1952“¹⁾, etwa zwei Wochen später der „Bericht der Staatlichen Plankommission über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1951“²⁾. Diese Verlautbarungen der Sowjetzonenverwaltung ermöglichen es, insbesondere wenn man sie untereinander und mit bereits vorher bekannten Daten vergleicht, sich ein Bild von der Situation zu machen, in der sich die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone zu Beginn des zweiten Jahres des laufenden Fünfjahresplanes (1951—1955) befindet.

In diesen Verlautbarungen der Sowjetzonenverwaltung werden bei einer ganzen Anzahl von Positionen prozentuale Veränderungen angegeben, die sich auf die Entwicklung der Ist-Größen von 1951 gegenüber 1950 sowie auf die für 1952 geplanten Steigerungen gegenüber 1951 beziehen. In den Fällen, wo Ist-Zahlen für 1950 bekannt sind, ist demnach eine Weiterrechnung möglich.

Produktionsdaten von Industrieerzeugnissen in der sowjetischen Besatzungszone*)

Erzeugnisse	Einheit	1950	1951	1952	1955
		Ist		Plan	
Elektroenergie	Mrd. kWh	18,9	20,7	22,3	33,4
Steinkohle	Mill. t	2,8	3,2	3,3	3,5
Braunkohle	"	137,2	151,5	"	225,2
Braunkohlenbriketts	"	37,6	41,0	43,5	60,8
Kupfererz	1000 t	803	1012	1234	2650
Eisenerz	"	401	489	748	3650
Kalisalze (K ₂ O)	Mill. t	1,3	1,4	"	1,5
Roheisen	1000 t	337	341	765	2000
Rohstahl in Blöcken	"	995	1552	1839	3115
Walzstahl	"	764	1073	1202	2200
Schwefelsäure (SO ₃)	1000 t	233	282	305	450
Ätznatron (NaOH)	"	150	184	206	300
Kalzinierte Soda (Na ₂ CO ₃)	"	99	117	257	640
Benzin	"	454	538	"	927
Landw. Maschinen	Mill. DM	66	84	"	102
Zement	1000 t	1389	1631	2560	4000
Gewebe	Mill. qm	261,2	337	352	525
Strümpfe u. Socken	Mill. Paar	116	143	151	230
Trikotagen	Mill. Stck.	60	84	"	135,8
Lederschuhe	Mill. Paar	8	11	13	24

*) Nach Angaben der sowjetzonalen Wirtschaftsverwaltung, vgl. „Tägliche Rundschau“, 21. 2. 1952 und „Gesetzblatt der DDR“, 1951, S. 973 und 1952, S. 111.

- 1) „Gesetzblatt der DDR“, 1952, S. 111.
- 2) „Tägliche Rundschau“, 21. 2. 1952.

Es gibt aber auch zahlreiche Fälle, wo selbst eine prozentuale Angabe vermieden wird.

Auffallenderweise gehört hierzu die Braunkohle, für die im Volkswirtschaftsplan 1952 die Nennung eines Steigerungssatzes unterlassen wird. Statt dessen schreibt der Plan die Errichtung und Inbetriebnahme von Kapazitäten zur Förderung von Braunkohle in Höhe von 15 Millionen Jahrestonnen vor. Im günstigsten Falle, d. h. bei Aufrechterhaltung der vorhandenen Kapazitäten, würde damit die Braunkohlenproduktion im Gebiet der Sowjetzone im Jahre 1952 etwa wieder den Stand erreichen, den sie auf dem Höhepunkt des Krieges (1943: 164,3 Mill. t) hatte³⁾. Die jetzt beabsichtigte Wiederherstellung der früheren Leistungsfähigkeit der Braunkohlenproduktion ist für die Sowjetzone um so bedeutungsvoller, als auf dem Gebiet der Steinkohlenförderung wegen des geringen Umfangs und der Ungunst der Lagerstätten nur ganz minimale Fortschritte möglich und geplant sind.

Bei den Braunkohlenbriketts stimmen die im Volkswirtschaftsplan 1952 genannten relativen und absoluten Daten überein. Der geplanten Zunahme der Produktion von nur 6 vH entspricht die Forderung nach Ausweitung der Kapazität der Brikettfabriken um 2,7 Mill. Tonnen im Jahre 1952, wenn man eine geringe Marge für Abgänge berücksichtigt.

Die für 1952 geplante Steigerung der Stromerzeugung um 7,4 vH steht in keinem Verhältnis zu der beabsichtigten Erhöhung der gesamten Industrieproduktion (Bruttoproduktion) um 13,7 vH. Im Laufe der letzten Jahre hat sich der Engpaß in der Stromversorgung der Sowjetzone zunehmend verschärft. Das kommt in den immer stärkeren Beschränkungen zum Ausdruck, die in den in halbjährlichen Abständen erlassenen Energiebewirtschaftungsverordnungen⁴⁾ vorge-schrieben werden. So ist eine immer größere Zahl von gewerblichen Betrieben auf den Strombezug

3) Kohlenbergbau und Kohlenwirtschaft im Gebiete der Sowjetzone Deutschlands (SBZ), Einzelschrift Nr. 51 des DIW, S. 26.

4) Verordnungen zur Regelung der Energieversorgung vom 27. 4. 1950, 2. 11. 1950, 29. 3. 1951 und 20. 9. 1951. „Gesetzblatt der DDR“, 1950, S. 365 und S. 1123; 1951, S. 228 und S. 861.

in den Nachtstunden verwiesen und damit zum Übergang zu Nachtschichten gezwungen worden. Bereits im vergangenen Herbst hatte die jährliche Ausnutzung der sowjetzonalen Kraftwerke einen Durchschnitt von 5600—5700 Stunden erreicht⁵⁾, während normalerweise die Ausnutzung nicht über 4000 Stunden im Jahr hinausgeht. Die unzureichende Energieversorgung, auf die der Planbericht besonders hinweist⁶⁾, ist der Anlaß für die vordringliche Forderung an den Maschinenbau, im Jahre 1952 „zur Sicherung des Ausbaus der Energiewerke die im Plan festgesetzte Produktion von Kesseln und Turbinen zu gewährleisten“.

Ein ebenso empfindlicher Engpaß besteht auf dem Gebiete der Metallurgie. Trotz der Inbetriebnahme des „Hüttenkombinats Ost“ bei Fürstenberg an der Oder hat die Roheisenherzeugung der Sowjetzone 1951 stagniert (341 000 t gegenüber 337 000 t im Jahre 1950). Der Volkswirtschaftsplan 1952 sieht demgegenüber mehr als eine Verdoppelung vor (+ 124 vH). Diese soll vor allem durch den stufenweisen Ausbau des neuen Fürstenberger Kombines erreicht werden. Dort litt die Produktion jedoch zunächst unter gewissen Betriebsstörungen⁷⁾.

In der chemischen Industrie soll die Erzeugung von kalzinierter Soda um 120 vH gesteigert werden. Sie gehört zu den Erzeugnissen, bei denen die Planabrechnung für 1951 ein Zurückbleiben hinter den geplanten Produktionsmengen feststellt. Dies gilt auch für den Phosphordünger, dessen Erzeugung nach dem Volkswirtschaftsplan 1952 nahezu verdreifacht (+ 178 vH) werden soll.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft erwähnt der Bericht der Staatlichen Plankommission über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1951 neben der Unterversorgung mit Phosphordünger besonders die „mangelhafte Belieferung mit Ersatzteilen durch die Traktorenwerke

und Landmaschinenfabriken“. Die Maschinenausleihstationen, deren Zahl für Ende 1951 mit 540 angegeben wird, haben eine große Anzahl abgeschlossener Arbeitsverträge nicht einhalten können.

Für die Landwirtschaft, die 1951 dem Jahresbericht der Plankommission zufolge „sehr gute Getreideerträge und eine Normalernte bei Öl- und Hackfrüchten erzielt hat“, ist nicht nur das Mengenergebnis, sondern auch die Ertragslage von Bedeutung. Dem Bericht zufolge wurde bei einem Teil der „Volkseigenen Güter“ die Rentabilität — trotz staatlicher Begünstigung — nicht erreicht. Die sich immer mehr steigernden diskriminierenden Maßnahmen gegen die mittel- und großbäuerlichen Betriebe⁸⁾, vor allem aber die Schwierigkeiten, denen sich zahlreiche Kleinsiedler gegenübersehen, führten bereits bis Anfang 1951 zu einem Ausmaß der Hofflucht, das die Sowjetzonenverwaltung zum Erlaß der „Verordnung über nichtbewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzflächen“⁹⁾ bestimmte. Der Bericht stellt fest, daß die zuständigen Ministerien es nicht verstanden hätten, diese Verordnung durchzuführen. „Es blieben etwa 60 000 ha Land unbearbeitet bzw. unbebaut.“

Die Versorgung der deutschen Bevölkerung des sowjetischen Besatzungsgebietes hat sich auch nach Ablauf des Volkswirtschaftsplanes 1951 noch nicht normalisiert. Die hochwertigen fett- und eiweißhaltigen Nahrungsmittel sowie Zucker sind immer noch bewirtschaftet. Dasselbe gilt für Lederschuhe, einen wesentlichen Teil der Textilien und für Brennstoffe. Ein Zeitpunkt für die Aufhebung der Bewirtschaftung ist noch nicht abzusehen. Wenn der Planbericht zu dem Versorgungsproblem schreibt: „Die staatlichen Handelsbetriebe haben es immer noch nicht vermocht, der Bevölkerung Waren bereitzustellen, die in Qualität und Sortiment allen Wünschen und dem Bedarf weitestgehend entsprechen“, so weist er damit nicht nur auf die organisatorischen Unzulänglichkeiten des sowjetzonalen Handels hin, sondern auch auf die immer noch nicht überwundene wirtschaftliche Mangellage im zivilen Bereich.

5) Die „Tägliche Rundschau“ schrieb am 26. 9. 1951 in dem Artikel „Stromsperrern sind Wachstumsschmerzen“: „Die Kraftwerke fahren jährlich mit etwa 5600 bis 5700 Benutzungsstunden gegenüber 3500 bis 3600 im Jahre 1936.“

6) „Bei der Versorgung der Industrie und der Bevölkerung mit Strom gab es insbesondere in den Spitzenbelastungszeiten Schwierigkeiten. Obwohl der Bruttoproduktionsplan für Elektroenergie übererfüllt wurde, mußten Stromabschaltungen vorgenommen werden.“ („Tägliche Rundschau“, 21. 2. 1952.)

7) „Neues Deutschland“ (vom 25. 1. 1952) spricht von „Schwierigkeiten, die ein planmäßiges Arbeiten der bereits in Betrieb genommenen beiden Hochöfen hindern“, und erwähnt u. a. das häufige Versagen des Schrägaufzuges, die ungenügende Zahl der Roheisenpfannen- und Schlackenwagen, das Fehlen der Sinteranlage, die falsche Führung der Abgasleitungen und die verfehlte Konstruktion der Trockenventile.

8) Neben den viel höheren Ablieferungssätzen, die die größeren Betriebe zu leisten haben, spielen hierbei die Tarife der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) eine wesentliche Rolle. Ihre Progression wurde ab 1. Januar 1952 erheblich gesteigert. So liegt jetzt bei den Pflügleistungen der Tarif für die Betriebe über 10 ha bis 15 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche um etwa 20 vH, der Tarif für die Betriebe über 15 ha bis 20 ha um reichlich 50 vH, der Tarif für die Betriebe über 20 ha um mehr als 110 vH über den Sätzen für die bäuerlichen Betriebe bis 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche „Gesetzblatt der DDR“, 1952, S. 39).

9) Vom 8. Februar 1951. „Gesetzblatt der DDR“, 1951, S. 75.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6.

Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —

*) D = Gesamtdeutschland, DBR = Bundesrepublik Deutschland, VWG = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (DBR ohne französische Besatzungszone), SBZ = Sowjetische Besatzungszone, W-B = West-Berlin, O-B = Ost-Berlin, G-B = Groß-Berlin. — †) E = Monatsende, S = Monatssumme, TD = Tagesdurchschnitt. — *Kursive Zahlen*: Vorläufig oder geschätzt. — %) Berichtete Zahl.

1) Ohne Ausländer in IRO-Lagern. — 2) Lebendgeborene. — 3) Ohne Totgeborene. — 4) Gesamtverkehr (Inlandverkehr einmal gezählt) einschl. Durchfuhrverkehr und Interzonenverkehr ohne bahneigenen Güterkraftverkehr. — 5) D. h. Summe der ein- u. ausgeladenen Mengen unter Doppelzählung der Güter, die im Bundesgebiet sowohl ein- als auch ausgeladen werden. — 6) Einschl. Durchgangsverkehr; Inlandverkehr nur einmal gezählt. — 7) Einschl. Stadtschnellbahn und Obus. — 8) Einschl. West-Berlin. — 9) Volkszählung vom 13. 9. 50; DBR 47 696, W-B 2 147, O-B 1 190. — 10) Wegen Tarifierung keine Angaben. — 11) Einschl. Weihnachtsgrafifikation. — 12) Ab Jan. 1952 nicht mehr nach der Wohnansässigkeit, sondern nach dem Ort der Eheschließung. — 13) Einschl. Saargebiet (950 000) 70 Millionen.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin — Hauptamt für Statistik von Groß-Berlin (Ost).